



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch im Mai 2013 ist in Europa wieder einiges passiert, über das wir Sie gerne informieren möchten. In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen Informationen zu folgenden wichtigen europapolitischen Themen bereitstellen:

- 1. Termin für Europawahlen 2014 vorverlegt**
- 2. OpenupEd: Erster Schritt zur Öffnung der Bildung**
- 3. Reformpaket für gesamte Lebensmittelkette**
- 4. Parlament unterstützt Pläne für EU-Bankenaufsichtssystem**
- 5. Offshore-Gewinnung von Öl und Gas**
- 6. EU-Gipfel: Energiepreise und Steuerhinterziehung**
- 7. Entwicklung im geplanten Freihandelsabkommen mit den USA**
- 8. Mein Besuch im Wahlkreis**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen und Wünschen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007
F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720

1. Termin der Europawahl 2014 vorverlegt

Am Dienstag, den 21. Mai 2013, haben die Europaabgeordneten für ein Vorziehen der Europawahlen 2014 gestimmt. Anstatt wie ursprünglich geplant vom 5. bis zum 8. Juni 2014, sollen die Wahlen nun vom 22. bis 25. Mai 2014 stattfinden.

Die Verlegung des Wahltermins wurde von den Abgeordneten empfohlen, um dem neuen Parlament mehr Zeit zu geben, sich auf die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission im Juli 2014 vorzubereiten. Zudem wäre der Juni-Termin auf das Pfingstweekenende gefallen, was wiederum negative Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung gehabt hätte, da in dieser Zeit in vielen EU-Mitgliedstaaten Schulferien sind. Nach Anhörung des Europäischen Parlaments muss der Ministerrat den Zeitraum für die Europawahlen nun noch einstimmig beschließen. Diese Abstimmung wird für Juni erwartet.

Die Europaabgeordneten wirken darauf hin, dass die Mitglieder der nächsten Europäischen Kommission aus den Reihen der neugewählten Abgeordneten aufgestellt werden. Dadurch soll der Wähler mehr Einfluss auf die europapolitische Agenda bekommen. Bisher sind es die nationalen Regierungen, die ihre Kommissionskandidaten aufstellen.

2. OpenupEd: Erster Schritt zur Öffnung der Bildung

OpenupEd wird als Teil einer groß angelegten Initiative der EU zur Öffnung der Bildung gesehen.

Partner in elf Ländern haben mit Unterstützung der Europäischen Kommission gemeinsam die erste gesamteuropäische „MOOC“-Initiative (Massive Open Online Courses = frei zugängliche Online-Kurse mit vielen Teilnehmern) gestartet. Das Onlineportal OpenupEd bietet diese MOOC an. MOOC sind Online-Studiengänge, die den Menschen Zugang zu hochwertiger Bildung ermöglichen, ohne dass sie dafür das Haus verlassen müssen.

Ein Internetanschluss ist alles, was benötigt wird, um sich in diese Universitätskurse einzutragen. Bezahlt werden muss nichts.

Etwa 50 Online-Kurse werden von verschiedenen Partnern, im Wesentlichen offene Universitäten, derzeit auf der europäischen Plattform bereitgestellt. Die Kursthemen reichen von Mathematik über Wirtschaft, Klimawandel, kulturelles Erbe bis zum modernen Nahen Osten, Sprachenlernen und kreativem Schreiben. MOOCs werden den Bedürfnissen der lebenslang Lernenden in einer sich immer schneller wandelnden Wissensgesellschaft entgegenkommen und dabei europäische Werte wie Gleichberechtigung, Qualität und Vielseitigkeit in den Mittelpunkt stellen. In Zukunft soll jeder seinen individuellen Lernplan nach seinen zeitlichen Möglichkeiten und Interessen zusammenstellen können.

Das Portal kann unter folgendem Link besucht werden: <http://www.openuped.eu/>





3. Reformpaket für gesamte Lebensmittelkette

Die Europäische Kommission hat am 06. Mai 2013 das Regelpaket für Gesundheits- und Sicherheitsstandards in der gesamten Lebensmittelkette vorgelegt, darunter auch das mit Spannung erwartete neue Saatgutrecht.

Das Paket enthält vereinfachte und flexiblere Vorschriften für die Bereitstellung von Saatgut. Verbesserte Testvorschriften sollen die biologische Vielfalt fördern.

Es wird eine Züchtung gefördert, die im Einklang mit den Grundsätzen der nachhaltigen Landwirtschaft steht. Anders als vielfach berichtet, will die EU-Kommission den Handel mit Saatgut althergebrachter Sorten nicht erschweren, sondern erleichtern. Traditionelle Sorten werden von Tests und anderen rechtlichen Auflagen ausgenommen.

Mit dem Maßnahmenbündel wird der Gesundheitsschutz in der gesamten Lebensmittelkette modernisiert und vereinfacht.

Derzeit verteilen sich die EU-Rechtsvorschriften auf rund 70 verschiedene Rechtsakte. Mit dem Reformpaket wird der Bestand auf fünf Rechtsakte verschlankt. Dadurch werden Landwirte, Züchter und Lebensmittelunternehmen von bürokratischem Aufwand entlastet. Die Verbraucher profitieren von sichereren Produkten und effizienteren Kontrollen entlang der Lebensmittelkette.

Weitere Informationen erhalten Sie unter folgendem Link:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-400_de.htm

4. Parlament unterstützt Pläne für EU-Bankenaufsichtssystem

Die Abgeordneten haben am Mittwoch, den 22. Mai 2013, den im März mit dem Rat ausgehandelten Kompromiss zur Einrichtung eines einheitlichen EU-Bankenaufsichtssystems mit breiter Mehrheit bekräftigt. Es wurde jedoch nur über den Inhalt des Kompromisses, nicht über das Inkrafttreten, abgestimmt. Das Parlament wird erst dann formal über den erzielten Kompromiss zur Bankenaufsicht abstimmen, wenn die Rechenschaftspflicht der EZB gegenüber dem Europäischen Parlament vertraglich zwischen beiden Institutionen gesichert ist.



Neben der damit noch ausstehenden, formalen Annahme des Kompromisstextes durch das Europäische Parlament fehlt auch noch die Annahme durch den Rat der EU. In Zukunft wird dann die Europäische Zentralbank (EZB) die größten Banken der Eurozone direkt beaufsichtigen und ein Mitspracherecht bei der Überwachung anderer Banken erhalten.

5. Offshore-Gewinnung von Öl und Gas



Die Offshore-Gewinnung von Öl und Gas ist risikobehaftet: um schwere Unfälle und potenzielle Umweltkatastrophen zu verhindern, sind schärfere Sicherheitsstandards notwendig. Am Dienstag, dem 21. Mai verabschiedete das Parlament daher eine neue Richtlinie zur Sicherheit von Offshore-Erdöl- und Erdgasaktivitäten. Öl- und Gasunternehmen müssen in Zukunft nachweisen, dass sie Vorsorge getroffen haben, um Haftungsansprüche, welche sich aus ihren Tätigkeiten ergeben, decken zu können. Dies bedeutet, dass sie auf genügend Ressourcen zurückgreifen können, um Auswirkungen von schweren Unfällen minimieren und beheben zu können - nur dann wird ihnen eine Lizenz erteilt. Im Vorfeld zu ihren Aktivitäten müssen Bohrunternehmen einen Bericht über ernste Gefahren erstellen und den nationalen Behörden vorlegen, sowie Noteinsatzpläne erarbeiten. EU-Länder müssen die Richtlinie innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umwandeln.

6. EU-Gipfel: Energiepreise und Steuerhinterziehung

Der EU-Gipfel vom 22. Mai thematisierte zum einen, wie man in der schweren Wirtschaftskrise Energiepreise senken und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit steigern könne. "Die Versorgung mit bezahlbarer und nachhaltiger Energie für unsere Volkswirtschaften ist äußerst wichtig", steht in dem Entwurf der Abschlusserklärung des Gipfels. Dabei sind direkte Eingriffe in die Preispolitik allerdings nicht vorgesehen, da die Energiepolitik in der Kompetenz der Einzelstaaten liegt. Diese sollten ihren Energieversorgungsmix erweitern, so eine Empfehlung.



Das zweite große Thema war die Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Bis zu 1000 Milliarden Euro gehen den Regierungen der EU jährlich durch Steuerhinterziehung verloren. Mit der Einigung der EU-Staats- und Regierungschefs auf einen konkreten Zeitplan, das EU-Zinssteuergesetz zu verschärfen, wird faktisch das Bankgeheimnis für EU-Ausländer abgeschafft. Über den vollen Datenaustausch zwischen Banken sollen Steuerschlupflöcher geschlossen werden.

7. Entwicklung im geplanten Freihandelsabkommen mit den USA



Im Juni sollen die Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen beginnen. Im Vorfeld debattierten die Parlamentarier im Mai über ihre Position dazu und welche Aspekte aus einem solchen Freihandelsabkommen ausgeklammert werden sollten. Falls ein Freihandelsabkommen zustande kommt, so bedarf es der Zustimmung des Parlamentes.

Wichtige Themen für uns Abgeordnete sind beispielsweise die Grundwerte der EU, welche den Schutz personenbezogener Daten und Auflagen zur Lebensmittelsicherheit und dem Verbraucherschutz angehen. Auch kontrovers ist die Aufnahme von Bereichen wie Kultur und audiovisuellen Medieninhalten. Insgesamt ist der politische Wille im Parlament für ein solches Abkommen vorhanden. Die Chancen stehen gut, laut US-Präsident Obama soll bis Ende seiner Amtszeit Anfang 2017 ein Abkommen stehen.

8. Mein Besuch im Wahlkreis

In der Wahlkreiswoche vom 29. April bis 6. Mai 2013 nahm ich an zahlreichen Terminen teil. Am 29. April stand eine Kreisbereisung nach Spree-Neiße auf dem Programm. Am 30. April schlossen sich Termine in Potsdam an. An beiden Abenden nahm ich an den CDU-Kreisvorstandssitzungen teil.

Am 2. Mai fand das EU-Bürgerforum in Wildau im Landkreis Dahme-Spreewald statt. Am 3. Mai sprach ich im Rathaus Ortrand im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Lokalen Aktionsgruppe ElbeElster zur neuen Förderperiode im Bereich ILE/LEADER. Am 6. Mai besuchte ich in Begleitung des CDU-Landtagsabgeordneten Frank Bommert sowie des Bundestagskandidaten Uwe Feiler den Landkreis Oberhavel. Zunächst ging es nach Schildow, wo man im Rahmen des EU-Schulprojekttages mit Schülern und Schülerinnen der Europaschule am Fließ Schildow zusammenkam. Im Anschluss ging es weiter nach Fürstenberg, um die Mühle Tornow, die als ELER-Projekt des Monats Januar 2013 ausgezeichnet wurde, zu besichtigen, und in diesem Rahmen die Förderprogramme der EU zu diskutieren. Die Mühle Tornow hat eine ELER-Zuwendung in Höhe von 136.397 € erhalten. Des Weiteren stand ein Betriebsbesuch bei der Helm Tischlerei & Fensterbau GmbH sowie die Kreisvorstandssitzung der CDU Oberhavel auf dem Programm.

